

Sperrfrist: 13.11.2020, 10.30 Uhr

Unternehmersicht: Souveränität und Autonomie zentral für Erfolgsmodell CH

Ausgangslage für autonomiesuisse

Die Haltung der Unternehmer zum Rahmenabkommen (RA) ist uneinheitlich. Gewisse Unternehmer und grosse Wirtschaftsverbände stehen hinter dem RA, sofern in den drei Bereichen UBRL, Lohnschutz und staatliche Beihilfen mit Nachverhandeln Verbesserungen erreicht werden. Anderen Unternehmern reichen diese Nachverhandlungen in den drei Bereichen nicht aus. Sie fordern weiter gehende Modifikationen sowie die Klärung der Souveränitätsfragen.

Position von autonomiesuisse

Die folgenden Punkte sind für uns sehr wichtig:

- Die Schweiz hat im Vergleich zu den EU-Ländern sehr gute Rahmenbedingungen (direkte Demokratie, weniger Regulierungen, kleine Bürokratie, leistungsgerechtes Steuersystem, interner Steuerwettbewerb, Haushaltsdisziplin, effektives Bildungswesen, gute Infrastruktur, Föderalismus, Subsidiarität, Achtung des Privateigentums usw.). Damit kann sie sich gegenüber den anderen Staaten differenzieren und den Wohlstand sichern.
- Das vorliegende Rahmenabkommen gefährdet diese komparativen Vorteile, weil die Schweiz ihre diesbezügliche Souveränität verlöre. Die Vorteile des Rahmenabkommens (Marktzugangsabkommen, erleichterte Zertifizierungen, Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen usw.) stehen in keinem Verhältnis zum Autonomieverlust.
- Marktzugangsabkommen sind noch keine Garantie für Umsätze. Entscheidend sind unternehmerische Wettbewerbsvorteile (besserer Kundennutzen durch Innovation, Lieferservice usw.). Viele Schweizer Unternehmer sind weltweit sehr erfolgreich tätig, nicht wenige gelten als «hidden champions».

Folgerung von autonomiesuisse

- Ein Rahmenabkommen mit unbeschränkter dynamischer Rechtsübernahme, erweiterter Guillotine-Klausel und dem vorgeschlagenen Streitbeilegungsverfahren stellt unsere Volksrechte infrage, führt zur Erosion unserer guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und ist deshalb nicht akzeptabel.
- Lassen sich diese Punkte nicht wegbedingen, plädieren wir für ein umfassendes Handelsabkommen mit der EU oder den Erhalt des Status quo (Freihandelsabkommen von 1972 sichert Marktzugang).
- Das unternehmerische Gebot, nicht von einem einzigen Kunden abhängig zu sein, gilt auch für die Aussenhandelspolitik. Es gibt ausser der EU noch andere, dynamischere Handelspartner, die wir vermehrt beliefern können.